

Šik, Ota

Article

Zur Konvergenzproblematik

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Šik, Ota (1976) : Zur Konvergenzproblematik, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 2, Iss. 1, pp. 21-50

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331976>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Konvergenzproblematik

**Die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen
und des kommunistischen Wirtschaftssystems**

Ota Šik

Eine Konvergenzentwicklung des westlichen marktwirtschaftlichen (kapitalistischen) und des östlichen planwirtschaftlichen (kommunistischen) Wirtschaftssystems kann schwerlich als Folge von einfachen, systemimmanenten Wachstumsänderungen erwartet werden. Weder durch technischen Fortschritt noch durch wachsende Produktionskonzentration, steigenden Produktionsumfang oder Konsumtionswachstum kann es ohne politische Eingriffe zu Änderungen tragender Institutionen, Verhaltensweisen und Grundmechanismen beider Wirtschaftssysteme kommen, denn diese werden durch das jeweils gegebene politische System miterhalten. Hingegen könnte die weitere Verschärfung bestimmter systemimmanenter Widersprüche innerhalb beider Wirtschaftssysteme, welche schon heute wachsende soziale Schwierigkeiten, ökonomische Verluste und Effektivitätshindernisse hervorrufen, neue politische Kräfte und Bewegungen erwecken, deren Wirkung zu zielbewußten Änderungen beider Wirtschaftssysteme führen sollte. Solche systemimmanenten Entwicklungswidersprüche, ihre Erscheinungsformen und Folgen, die natürlich in beiden Systemen unterschiedlich sind, aber deren zielbewußte Überwindung gleichzeitig zu einer Annäherung der Systeme führen könnte, sollen im weiteren aufgezeigt werden.

Das westliche System wird weiterhin als kapitalistisches System aufgefaßt, denn innerhalb dieses Systems ist die Mehrheit der Bevölkerung von Anfang an bis heute in der Stellung von einfachen Lohnempfängern, also von Menschen, die als Lohnempfänger auch einseitige ökonomische Interessen entwickeln, im Grunde nur Lohn- und Konsumtionsinteressen. Aus ihrer Stellung heraus sind sie notwendigerweise dem Kapital gegenüber entfremdet, an seiner Entwicklung desinteressiert und rufen in dieser Einstellung eine Wirkung hervor, die heute immer mehr eine effektive Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft bremst. Gegenüber dieser

Mehrheit der lohninteressierten Menschen existiert weiterhin nur eine Minderheit in der Gesellschaft, die kapitalverbunden ist und ein ausgeprägtes Kapitalinteresse entwickelt. Diese Minderheit trägt eigentlich auch Verantwortung für die Entwicklung des Kapitals im weitesten Sinne des Wortes, das heißt jener Wirtschaftsbasis der gesellschaftlichen Entwicklung, ohne deren effektiven Fortschritt es überhaupt keinen Fortschritt in der Gesellschaft geben kann.

Das kapitalistische System ist vor allem dadurch charakterisiert, daß innerhalb seiner Wirtschaftseinheiten, der Unternehmen und der Betriebe, sehr starke Impulse für eine dauernde Steigerung der Wirtschaftseffektivität existieren. Die Impulse, die durch die Marktbeziehungen und durch das Eigeninteresse der Kapitaleigentümer hervorgerufen werden, sichern tendenziell eine möglichst wirtschaftliche Ausnützung aller Produktionsressourcen, eine beständige Fortentwicklung der Produktivkräfte, der Technik, Technologie, der Qualität der Produkte, und sichern mehr oder weniger flexibel eine Anpassung der Produktionsstruktur an die stetig sich ändernde Bedürfnisstruktur. Diese positive Entwicklung der Produktion steht aber von Beginn der Existenz des kapitalistischen Systems an in einem Widerspruch mit den Prozessen der Aufteilung des Nationaleinkommens in bestimmte grundsätzlich unterschiedliche Einkommensgruppen. Die Einkommensverteilung bremst immer wieder von neuem eine optimale Entwicklung der Produktion und kann auch nicht mit der realen Entwicklung der Produktionsstruktur harmonisiert werden. Innerhalb dieses Systems gibt es nicht genügend freie Instrumente, die es den Staaten ermöglichen würden, die Aufteilungsprozesse mit der Produktionsstruktur zu harmonisieren. In der Vergangenheit führte dieser Widerspruch zu periodisch auftretenden allgemeinen Wirtschaftskrisen, die aber heute durch eine spezifische Inflationsentwicklung verdrängt werden. In der modernen Inflationsentwicklung kann man eine neue Ausdrucksform des erwähnten wesentlichen Widerspruchs im gegenwärtigen kapitalistischen System sehen.

Wenn von der Aufteilung des Nationaleinkommens auf bestimmte grundsätzliche Einkommensgruppen gesprochen wird, so geht es erstens um die Gruppe der Lohneinkommen, unter welchen hier im breiten Sinne des Wortes alle Einkommen verstanden werden, deren Benützung einen konsumtiven Charakter hat. Wenn also verkürzt von der Summe der Lohneinkommen gesprochen wird, so ist damit die Summe der Löhne, der Gehälter, der Alterseinkommen, Stipendien und ähnlicher individueller Einkommen gemeint, die im Grunde für den Verbrauch von Konsumgütern und Dienstleistungen bestimmt sind. Zum Unterschied von diesen Einkommen gibt es eine zweite Einkommensgruppe, die Gruppe der Kapitalbeziehungsweise Gewinneinkommen, die nur zu einem relativ geringen Teil konsumtiv benützt werden und zum größeren Teil sich entweder über Ersparnisbildung in Investitionsmittel umwandeln oder direkt investiv verwendet werden. Die in der westlichen ökonomischen Theorie übliche verwendungsmäßige Aufteilung der Einkommen auf Konsumtion auf der einen Seite und Ersparnisse, die für produktive Investitionen benützt werden, auf der anderen, verdeckt eigentlich das grundlegende Problem

der primären Einkommensverteilung. Bereits die Erstaufteilung auf Lohn-einkommen und Kapitaleinkommen ist im Grunde ein Prozeß, der die Auf-teilung auf die Konsumtions- und Ersparnisentwicklung in der Gesellschaft wesentlich vorausbestimmt. Es ist zwar richtig, daß sich aus den Löhnen auch Ersparnisse bilden, aber diese Ersparnisse haben nur einen kurz-fristigen Charakter. Im Grunde spart die Masse der Lohnempfänger nur deshalb, um sich in einer späteren Zeit teurere Konsumgüter kaufen zu können oder einen Zuschuß im Alter, in der Krankheit und so weiter zu haben. Dies bedeutet jedoch, daß diese Ersparnisse zwar andauernd im Sek-tor der Sparkassen und Banken neu gebildet, aber auch laufend aus diesem Bankensystem abgezogen und zur Konsumtion verwendet werden. Die Lohnempfänger legen jedes Jahr Ersparnisse an, aber jedes Jahr werden von ihnen auch wieder welche abgehoben. Das heißt, daß diese sich ausglei-chende Summe von gebildeten und abgehobenen Ersparnissen nicht für Investitionen benützt werden kann. Es könnte also nur der Überschuß der neugebildeten Ersparnisse aus den Lohneinkommen gegenüber den ab-gehobenen Ersparnissen, also nur der positive Saldo dieser Ersparnisbil-dung, für Investitionen verwendet werden. Das bedeutet aber an und für sich schon, daß diese Summe relativ klein ist.

Es ist leider nicht möglich, hier mit empirischen Zahlen zu arbeiten, denn es wird statistisch nicht festgehalten, aus welchem Einkommen die Ersparnisse sich bilden. Aber im Grunde ist es logisch, daß nur ein kleiner Teil der Ersparnisse aus Lohneinkommen für Investitionszwecke abgeführt werden kann. Wenn man dann noch bedenkt, daß aus dem Bankensystem auch Kredite für Konsumtionszwecke erteilt werden, so bedeutet dies, daß eigentlich noch weniger aus diesen Lohnersparnissen für Investitionen übrigbleibt.

Im großen und ganzen kann man also sagen, daß die Lohneinkommen in der langfristigen Entwicklung des kapitalistischen Systems für die Konsumtion verwendet werden. Die eigentliche Kapitalentwicklung ist im Grunde nur aus den Kapitaleinkommen möglich, das heißt aus jenen Ein-kommen, die eben nur zu einem geringen Teil von den Kapitaleigentümern konsumtiv benützt werden, zum größeren Teil sich in langfristige Erspar-nisse oder direkt in Eigenkapital verwandeln und für Investitionszwecke, das heißt zur Erweiterung des Kapitals, benützt werden können. Dies ist die grundlegende Ursache dafür, weshalb die Aufteilung des Nationalein-kommens auf Lohneinkommen und Kapitaleinkommen im wesentlichen vorausbestimmt, wie sich die Konsumtion in der Gesellschaft entwickeln und in welchem Tempo die Ersparnisbildung für die Kapitalerweiterung vor sich gehen wird. Eine jede Vergrößerung der Lohneinkommen auf Kosten der Kapitaleinkommen wird eine Vergrößerung der Konsumtions-rate und eine Verkleinerung der Ersparnisrate und umgekehrt verursachen.

Diese Aufteilung der Einkommen, die innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft im Grunde spontan vor sich geht (das heißt nicht voraus geplant oder bestimmt werden kann) und immer mit einem Kampf zwis-chen den Lohnempfängern und den Kapitaleigentümern verbunden ist, kann schon aus Erkenntnisgründen heraus nicht so reguliert werden, um innerhalb der gesamten Volkswirtschaft die Konsumtionsentwicklung mit

der benötigten Investitionsentwicklung zu harmonisieren. Kein einzelner Unternehmer, kein einzelnes Unternehmen ist imstande, die volkswirtschaftlich benötigte Aufteilung vorzusehen, und es gibt keinen Regulator innerhalb der ganzen Volkswirtschaft, der bewußt diese Aufteilung planen oder leiten könnte. Die neoklassische theoretische Vorstellung, gemäß welcher die Aufteilung zwischen unterschiedlichen Produktionsfaktoren die Einkommensbildung ökonomisch rational vorausbestimmt, wird widerlegt durch den tatsächlich vor sich gehenden Aufteilungskampf und seine sich ändernden Resultate, unabhängig von der nötigen Faktorenentwicklung. Die Kapitaleinkommen können zum Beispiel sowohl zu schnell als auch zu langsam im Verhältnis zu einer solchen Ersparnis- und Investitionsentwicklung wachsen, die eine optimale Produktionsentwicklung sichern würden. Es geht aber nicht vor allem darum, daß die Einkommensaufteilung einer *optimalen* Produktionsentwicklung widerspricht, sondern darum, daß sie sogar mit der real *verlaufenden* Produktionsentwicklung andauernd in Widerspruch kommt. Die durch die Lohnentwicklung entstehende Gesamtnachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen kann periodisch in ihrem Umfang im Verhältnis zu dem investitionsmäßig verwendeten Teil des Nationaleinkommens zu klein oder zu groß sein. Demzufolge kann auch umgekehrt die Entwicklung der Gesamtnachfrage nach Investitionsgütern, die sich letzten Endes nach dem erwarteten Wachstum der Produktion und des Absatzes der Konsumgüter richtet, langsamer oder schneller wachsen als die Kapitaleinkommen sowie die aus ihnen entspringenden Ersparnisse. Eine relativ zu kleine lohnbedingte Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen sowie die daraus resultierende zu kleine Nachfrage nach Investitionsgütern wird bei einem entsprechenden Überschuß an nicht investierbaren Ersparnissen in eine Wirtschaftskrise ausarten. Hingegen wird sich ein zu schnelles Wachstum der Löhne und der konsumtiven Nachfrage mit dem entsprechenden schnelleren Wachstum der Nachfrage nach Investitionsgütern im Verhältnis zu den investitionsausgerichteten Ersparnissen in einer Inflationsentwicklung ausdrücken.

Da es eben um grundsätzlich unterschiedliche, große Einkommensgruppen geht, die sich in ihrer Verwendung im wesentlichen nicht substituieren können, wird die jeweilige spontan verlaufende Anpassung der Makroproduktionsstruktur (Aufteilung auf Konsumgüter- und Investitionsgüterproduktion) an die Entwicklung der Gesamtnachfrage notwendigerweise entweder zu krisenmäßigen Produktionssenkungen oder zu inflationären Preissteigerungen führen.

Beide Arten dieser widersprüchlichen Entwicklung der Einkommen mit ihren Folgen hängen mit historisch unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen des kapitalistischen Systems zusammen. Sie sind jedoch jeweils nur bei einer allgemein systemimmanenten Kreditentwicklung möglich. Die zeitlich begrenzte Überziehung der Produktion gegenüber der Entwicklung der Gesamtnachfrage (welcher dann die Wirtschaftskrise folgt) ist nur möglich bei einem kreditmäßig gedeckten, über die Absatzmöglichkeiten eine Zeitlang hinausgezogenen Produktionswachstum. Auch die abwechselnd zu schnelle Steigerung der unterschiedlichen Einkommen

im Verhältnis zum Produktions- und Angebotswachstum (mit den folgenden inflationären Preissteigerungen) ist nur denkbar unter der Bedingung einer teilweise kreditmäßig gedeckten Steigerung der Nachfrageentwicklung.

Es geht aber nicht nur darum, daß sozusagen aus der *Schwierigkeit der Erkenntnis* einer optimalen Aufteilung des Nationaleinkommens durch die einzelnen Unternehmen dauernd Widersprüche zwischen den realen Verteilungsprozessen und den Bedürfnissen der Produktionsentwicklung entstehen müssen. Mehr als dies noch ist es der existierende Interessengegensatz zwischen den großen Gruppen von Einkommensempfängern, welcher einen Kampf um die Aufteilung der Einkommen hervorruft und in unterschiedlichen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung auch zu wesentlich unterschiedlichen Resultaten führt.

In jener Zeit der kapitalistischen Entwicklung, in welcher das Kapital noch nicht genügend umfangreich war, eine dauernd große Arbeitslosigkeit existierte und aus dieser Arbeitslosigkeit heraus ein Druck auf die Löhne der arbeitenden Menschen wirkte, in dieser Zeit waren die Löhne im wesentlichen tatsächlich auf ein Subsistenzminimum herabgedrückt. Diese Aufteilung des Nationaleinkommens hatte zur Folge, daß die Lohnentwicklung innerhalb der ganzen Volkswirtschaft notwendigerweise hinter der Steigerung der Produktivität periodisch zurückblieb, daß immer wieder die Lohn- und daher auch die Konsumtionsentwicklung durch die Produktion überholt wurde und die Lohn- und Konsumrate im Verhältnis zur potentiellen Produktionssteigerung nicht genügend wuchs. Das bedeutete zugleich, daß auch die aus den Kapitaleinkommen geschaffenen Ersparnisse periodisch zu sehr anwuchsen gegenüber dem relativ zu kleinen, benötigten Umfang an Investitionsmitteln, das heißt, die Ersparnisse wuchsen schneller als die erforderlichen Investitionsmittel. Die Ursache des relativ sich verlangsamenden Wachstums der Investitionstätigkeit (gegenüber den Ersparnissen aus den Kapitaleinkommen) war eben darin zu suchen, daß durch die gegebene Konsumtionsrate auch die Nachfrage nach Investitionsgütern von seiten der Konsumgüterproduzenten und schließlich aller Produzenten begrenzt wurde. Da die Produktionssteigerung mit Hilfe von Krediten jeweils über das benötigte Maß eine Zeitlang aufrechterhalten wurde, wuchsen auch investitionsmäßig nicht benötigte Ersparnisse an. Und so entstand notwendigerweise in der kapitalistischen Vergangenheit periodisch eine Überproduktion, traten Augenblicke ein, in denen die Konsumgüterproduktion (trotz großer Arbeitslosenzahlen) wegen der relativ zurückbleibenden Kaufkraft der Masse der Lohnempfänger nicht weiter steigen konnte. Aber aus demselben Grund konnten in bestimmten Momenten auch nicht alle Investitionsgüter verkauft werden, obwohl auf der anderen Seite angehäuften Ersparnisse existierten. Diese Periode der kapitalistischen Entwicklung, die ungefähr bis zum *Zweiten Weltkrieg* andauerte, werden wir kurz als die altkapitalistische Periode (Altkapitalismus) — zum Unterschied von dem gegenwärtigen Neukapitalismus — bezeichnen.

Auch wenn in der kapitalistischen Entwicklung jeweils vorübergehend ein strukturelles Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage

allgemein und daher auch zwischen dem Angebot der Konsumgüter im Verhältnis zu ihrer Nachfrage als auch dem Angebot der Investitionsgüter zu ihrer Nachfrage entsteht, wird diese immer wieder wesentlich gestört. Schon durch das beständige und unregelmäßige Wachstum der Arbeitsproduktivität werden jeweils die Einkommensaufteilungen und Nachfrageentwicklungen in ein Ungleichgewicht mit den eingependelten Produktionsstrukturen gebracht, was dann bei den angehäuften großen Ungleichgewichten zwischen der Makronachfrage nach Konsumgütern und Investitionsgütern auf der einen Seite und der Makroproduktionsstruktur auf der anderen Seite zu Ausgleichsbewegungen führt, die mit sozial schwerwiegenden krisenmäßigen oder inflationären Entwicklungen verbunden sind. Durch das beständige Wachstum der Produktivität entsteht notwendigerweise eine Verschiebung zwischen anwendungsmäßig unterschiedlichen Einkommensgruppen, was auch immer wieder zu wesentlichen Störungen des Gleichgewichts führt:

1. zwischen der investiv ausgerichteten Nachfrage (aus der Konsumgüterproduktion stammend) und dem für diese Nachfragedeckung bestimmten Angebot von Investitionsgütern;

2. zwischen der konsumtiv ausgerichteten Nachfrage (aus der Investitionsgüterproduktion stammend) und dem für diese Nachfragedeckung bestimmten Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen.

Die Einkommensverschiebungen verlaufen dann sehr unterschiedlich unter den Bedingungen, die in den hochentwickelten Industriestaaten nach dem *Zweiten Weltkrieg* entstanden, gegenüber den Bedingungen bis zu diesem Wendepunkt. Führen wir uns in diesem Zusammenhang die zwischen Angebot und Nachfrage nach Investitionsgütern ($P_{r,J}$) und Konsumgütern und Dienstleistungen (P_{re}) sowie die durch die Produktivitätsentwicklung entstehenden Einkommensverschiebungen und Störungen des Nachfrage-Angebot-Gleichgewichtes zuerst einmal unter den Bedingungen des Altkapitalismus vor Augen. Der Gesamtwert der Produktion, das heißt der gesamten Investitionsgüterproduktion (Produktion von Produktionsmitteln = $P_{r,J}$)¹ als auch der gesamten Konsumgüterproduktion (P_{re})² setzt sich immer aus folgenden wichtigsten Wert- beziehungsweise Einkommensanteilen zusammen:

$$P_{r,J} = M_J + L_J + St_J + G_J$$

$$P_{re} = M_e + L_e + St_e + G_e$$

M: Materialkosten plus Abschreibungen, deren Wert aus den Erlösen für Ersatzinvestitionen benützt wird

L: Lohnsummen nach Steuerabzug, die für Konsumzwecke benützt werden

St: Steuern aus Gewinn- als auch Lohneinkommen, die für Konsumzwecke benützt werden

G: Gewinne nach Steuerabzug, die für Neuinvestitionen benützt werden

Aus der Wertaufteilung und dem unterschiedlichen Benützungszweck der einzelnen Wert- beziehungsweise Einkommensgruppen ist zugleich der wertmäßig bestimmte Austausch zwischen den zwei Produktionsgruppen

ersichtlich. Investitionsgüter (Produktionsmittel) werden mit jenen Einkommen gekauft, die aus dem jeweiligen Erlös der eigenen Produktion entstehen und dem M plus G entsprechen (Bruttoinvestitionen + Materialbedarf). Also M_J und G_J , die aus dem Erlös der verkauften Investitionsgüter, sowie M_c und G_c , die aus dem Erlös der verkauften Konsumgüter entstehen, sind bestimmt für den Einkauf von Investitionsgütern und müssen in der Gesamtsumme dem Gesamtwert der Investitionsgüter entsprechen. Die Einkommensgrößen L_J und St_J sowie L_c und St_c sind konsumtiv ausgerichtete Einkommen und müssen wieder dem Gesamtwert der Konsumgüter entsprechen:

$$P_{rJ} = M_J + G_J + M_c + G_c$$

$$P_{rc} = L_J + St_J + L_c + St_c$$

Aus dem Gesagten folgt aber auch der Zusammenhang zwischen Einkommen und Produktion (Nachfrage und Angebot) der beiden unterschiedlichen Gruppen. Aus $L_J + St_J$ werden Konsumgüter gekauft. Sollen jedoch diese beiden Einkommensgrößen entstehen, müssen in demselben Wert Investitionsgüter an die Produzenten der Konsumgüter verkauft werden. Aus $M_c + G_c$ werden Investitionsgüter gekauft, und diese Einkommensgrößen können wieder nur dann entstehen, wenn in demselben Wert Konsumgüter gegen $L_J + St_J$ ausgetauscht werden. Sollen weder zuviel Investitionsgüter noch zuviel Konsumgüter produziert worden sein, muß folgendes Gleichgewicht zwischen beiden Produktionsgruppen existieren:

$$L_J + St_J = M_c + G_c$$

Werden also die Einkommen in dem Wert von $L_J + St_J$ für Konsumgüter desselben Wertes ausgegeben, konnten auch die Produzenten der Konsumgüter aus den Erlösen ihr $M_c + G_c$ schaffen und ihrerseits wieder in diesem Werte Investitionsgüter kaufen. Die Produzenten der Investitionsgüter konnten aus den Erlösen die Löhne L_J und Steuern St_J zahlen. Das Ganze ist ein kontinuierlicher Austauschprozeß, der natürlich immer eine Geldreserve verlangt, mit welcher von der oder jener Seite der Einkauf begonnen wird, in dem aber das Geld dann zwischen den Tauschenden immer wieder über die geschaffenen Einkommen zurückfließt und zirkuliert. Gehen wir nun von einem angenommenen Gleichgewicht ($L_J + St_J = M_c + G_c$) aus, um das durch die Produktivitätsentwicklung notwendig entstehende Ungleichgewicht zu erkennen, das dann in unterschiedlichen Bedingungen (Alt- oder Neukapitalismus) entweder zu Überproduktionskrisen oder zu Inflationsentwicklungen führt. Wir nehmen dabei an, daß in beiden Produktionsgruppen das Wachstum der Produktivität (ausgedrückt als Produktionszuwachs im Verhältnis zu den Löhnen) gleich ist:

$$\frac{\frac{P_{rJ} + \Delta P_{rJ}}{L_J + \Delta L_J} - \frac{P_{rJ}}{L_J}}{\frac{P_{rc}}{L_c}} = \frac{\frac{P_{rc} + \Delta P_{rc}}{L_c + \Delta L_c} - \frac{P_{rc}}{L_c}}{\frac{P_{rc}}{L_c}}$$

Dem realen, empirisch erforschten Arbeitsproduktivitätswachstum im Altkapitalismus entspricht eine unmittelbare Verschiebung der Anteile der angeführten Wert- beziehungsweise Einkommensgruppen am Gesamtwert der Produktion, das heißt der einzelnen Raten dieser Werte. Die

Gewinnrate $\left(\frac{G}{P_r}\right)$ wächst allgemein unmittelbar am schnellsten. Da die

wachsenden Produktionsumfänge größtenteils einen ebenso schnell wachsenden Materialverbrauch bei unterschiedlich sich entwickelnden Abschreibungen (je nach Kapitalproduktivitätsentwicklung) verzeichnen, wird angenommen, daß die Rate der Materialkosten plus Abschreibungen

$\left(\frac{M}{P_r}\right)$ adäquat dem Produktivitätswachstum sich entwickelt. Bei der Steuer-

rate wird eine unmittelbar in Erscheinung tretende Senkung angenommen, auch wenn diese dann *später* sich gegenüber der vorangegangenen Periode etwas erhöhen kann. Die Lohnrate wird unmittelbar am stärksten sinken, auch wenn die absolute Lohnsumme pro Lohnempfänger wachsen kann. Jedoch ist der Produktionszuwachs weit größer als der Lohnzuwachs. Die Verschiebung der angeführten Raten wird dann so aussehen:

Zeitpunkt $t + 1$:

$$\frac{G + \Delta G}{P_r + \Delta P_r} > \frac{G}{P_r}$$

$$\frac{M + \Delta M}{P_r + \Delta P_r} = \frac{M}{P_r}$$

$$\frac{St + \Delta St}{P_r + \Delta P_r} < \frac{St}{P_r}$$

$$\frac{L + \Delta L}{P_r + \Delta P_r} < \frac{L}{P_r}$$

Bei gleicher Produktivitätsentwicklung in P_{rJ} und P_{re} und bei gleicher Verschiebung der Einkommensraten werden sich jene unterschiedlichen Einkommensanteile beider Gruppen, die sich gegenseitig austauschen und deren Gleichgewicht wir anfangs angenommen haben, unterschiedlich entwickeln, und zwar:

$$\frac{G_e + \Delta G_e}{P_{re} + \Delta P_{re}} + \frac{M_e + \Delta M_e}{P_{re} + \Delta P_{re}} > \frac{G_e}{P_{re}} + \frac{M_e}{P_{re}}$$

$$\frac{L_J + \Delta L_J}{P_{rJ} + \Delta P_{rJ}} + \frac{St_J + \Delta St_J}{P_{rJ} + \Delta P_{rJ}} < \frac{L_J}{P_{rJ}} + \frac{St_J}{P_{rJ}}$$

oder zusammengefaßt:

$$\frac{G_c + \Delta G_c + M_c + \Delta M_c}{L_J + \Delta L_J + St_J + \Delta St_J} > \frac{G_c + M_c}{L_J + St_J}$$

Während also im Gleichgewichtszustand gilt:

$$\frac{G_c + M_c}{L_J + St_J} = 1$$

entsteht durch die Produktivitätsentwicklung das Ungleichgewicht:

$$L_J + \Delta L_J + St_J + \Delta St_J < G_c + \Delta G_c + M_c + \Delta M_c$$

Die Nachfrage nach Investitionsgütern aus der Konsumgüterproduktion übersteigt also in einem bestimmten Augenblick der Produktivitätssteigerung das Angebot an Investitionsgütern, welche für P_{rc} produziert wurden. Umgekehrt ausgedrückt, die Menge an Investitionsgütern für P_{rc} , welche dem Wert der konsumausgerichteten Einkommen ($J + St_J$) entspricht, die wieder in Konsumgüter zurückverwandelt werden, wird langsamer wachsen als die durch $G_c + M_c$ geschaffene Nachfrage.

Unter der Bedingung einer genügend großen Reserve an Arbeitskräften im Altkapitalismus wird das schnellere Wachstum der Nachfrage nach Investitionsgütern zu einem entsprechenden Wachstum ihrer Produktion führen, wobei eventuelle Preissteigerungen der Investitionsgüter nur als kurzfristige, vorübergehende Signaleffekte auftreten werden. Durch die Produktionserweiterung von P_{rJ} wird aber der Lohnumfang (L_J) wachsen, und dadurch wird sich immer wieder vorübergehend ein Gleichgewicht zwischen $L_J + St_J$ und $M_c + G_c$ einpendeln. Gleichzeitig wird aber mit der beständig schnelleren Produktionserweiterung der Investitionsgütererzeugung bei einem andauernden Produktivitätswachstum und damit zusammenhängender Einkommensverschiebungen folgendermaßen eine allgemeine Wirtschaftskrise vorbereitet.

Durch die schnelle Erweiterung von P_{rJ} mit Hilfe eines andauernden Wachstums sowohl des Kapitals als auch der Arbeitskräfte in dieser Gruppe werden zwar ebenso die konsumausgerichteten Einkommen $L_J + St_J$ schneller wachsen und immer wieder in ein vorübergehendes Gleichgewicht mit $G_c + M_c$ kommen. Zugleich wird aber auch die Produktivität in dieser Gruppe P_{rJ} weiterhin schnell steigen und zu einem entsprechenden Wachstum der Gewinnrate und der Neuinvestitionen führen. Die am schnellsten wachsende Gewinnrate in P_{rJ} , hervorgerufen durch das allgemein schnellere Wachstum von P_{rJ} gegenüber P_{rc} , muß aber in einem bestimmten Augenblick zu einer solchen Ausbreitung des Kapitals und der Produktion von Investitionsgütern führen, daß dadurch jene Grenze erreicht wird, die durch das langsamere Wachstum der Konsumgüterproduktion gegeben ist.

Durch das beständige Wachstum der Produktivität müßte in P_{rJ} das G_J so wachsen, daß die gesamte Produktionskapazität von P_{rJ} und die Menge

an Investitionsgütern weit die Nachfrage nach Investitionsgütern übertrifft. Die Nachfrage nach Investitionsgütern von seiten $P_{r,c}$ wird viel langsamer wachsen gemäß der Begrenzung dieser Konsumgüterproduktion durch die Summe von $L_c + St_c + L_J + St_J$. Dadurch wird aber auch wieder die Nachfrage nach Investitionsgütern von seiten jener Investitionsgüterproduzenten begrenzt, die Investitionsgüter für die Konsumgüterproduzenten produzieren. Wenn zum Beispiel $L_J + St_J$ um 3 Prozent jährlich wachsen und in demselben Tempo daher auch die für $M_c + G_c$ wachsende Menge an Investitionsgütern, dann kann nicht langfristig die Produktionskapazität von $P_{r,J}$ (aus dem schneller wachsenden G_J finanziert) sowie die Menge an Investitionsgütern für $P_{r,J}$ zum Beispiel um 6 Prozent jährlich wachsen. In einem bestimmten Augenblick wird daher die schnell wachsende Produktion $P_{r,J}$ den realen Bedarf an $P_{r,J}$ übersteigen. Dieser Augenblick wird von den Produzenten nicht sofort erkannt, und eine Zeitlang wird sogar mit Hilfe von Krediten die Produktion von $P_{r,J}$ weitergeführt, ohne daß in demselben Ausmaß die Produkte verkauft werden.

Sobald aber die anwachsenden Warenlager und Schwierigkeiten in der Kredittilgung die Banken zur Kündigung der Kredite führen (oft auch mit vorangehenden Bankrotten einzelner Banken verbunden), kommt es zu plötzlichen Senkungen verschiedenster (am meisten überzogener) Investitionsgüterproduktionen. Die damit verbundenen Entlassungen von Arbeitskräften haben eine schnelle Verringerung der Nachfrage nach Konsumgütern zur Folge, was auch in den verschiedensten Konsumgüterbereichen schnell zu Produktionssenkungen und Entlassungen führt. Durch eine Kettenreaktion bricht eine allgemeine Wirtschaftskrise aus. Die Krisen der Vergangenheit wurden im allgemeinen dadurch überwunden, daß nach einer bestimmten Phase sinkender Preise, Löhne, Produktion und Konsumtion, wobei auch die Anzahl der kapitalistischen Unternehmen stark reduziert wurde (Bankrotte aller kapitalschwachen Unternehmen), eine *neue Welle technischer Innovationen* in der Produktion einsetzte. Die größten Unternehmen, die nicht nur durchhalten, sondern auch während der Krise von vielen Konkurrenten befreit werden, sehen sich in einem bestimmten Moment des allgemeinen Rückganges *gezwungen*, ihre Produktionsbasis technisch zu erneuern, um sich mit Hilfe von Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungen besser den allgemein gesunkenen Preisen anzupassen. Ein großer Teil der alten, eventuell noch nicht voll abgeschriebenen Maschinen und Einrichtungen wird aus der Produktion ausgestoßen und durch technisch progressivere und produktivere ersetzt. Die krisenmäßig stark reduzierten Preise der neuen Maschinen begünstigen noch diese Innovationswelle.

Je größer die Anzahl jener Unternehmen, die in einem bestimmten Moment versuchen, auf diese Weise die Krise besser durchzustehen und sich der geänderten Marktsituation kostenmäßig anzupassen, um so stärker auch der neue Nachfrageschub nach Investitionsgütern. Die Produzenten von Maschinen können auf einmal ihre Lager leeren und die Produktion mit einer allmählich ansteigenden Beschäftigungszahl wieder ankurbeln. Von ihnen geht eine neue, positive Kettenreaktion aus, durch welche (mit dem Multiplikatoreffekt) der Beschäftigungsgrad, die Lohnquote und die

Nachfrage nach Konsumgütern erneut ansteigen. Mit dem Kauf von Produktionsmitteln auch von seiten der Konsumgüterproduzenten (teilweise aus gesparten, während der Krise gehorteten Geldmitteln der größten Kapitalisten) und der somit wieder wachsenden Beschäftigung und Lohnquote in der Produktion von Investitionsgütern ($P_{r,j}$) entsteht vorübergehend ein Gleichgewicht zwischen $L_j + St_j = M_c + G_c$. Es charakterisiert die Phase der Wiederbelebung.

Die allgemeine Belebung der Wirtschaft führt zu immer schneller wachsenden Investitionen, welche durch die steigende Absatztendenz (hinter der sich letzten Endes auch der wachsende Absatz der Konsumgüterproduzenten und daher ihr Investitionsanreiz verbirgt) angespornt werden. Die Wirtschaftsbelebung ist in eine neue Konjunkturphase übergegangen, während der die technisch neu fundierte Produktivitätssteigerung die Gewinnrate wieder am schnellsten wachsen und die Lohnrate sinken läßt. Damit trugen die Konjunkturphasen des Altkapitalismus jeweils bereits die Keimzellen der sich immer wieder ablösenden Depressionen und Krisen in sich. Es geht hier nicht darum, die Vergangenheit des Kapitalismus zu schildern, aber es ist notwendig, diese zu sehen, denn aus ihr kann die heutige Entwicklung, die in ein Gegenteil umgeschlagen ist, verstanden werden.

In den industriell hochentwickelten Ländern existiert im *Neukapitalismus* ein relativer Überfluß an Kapital sowie ein ungemein schnelles Kapitalwachstum. Aus diesem heraus entsteht das schnellere Wachstum der Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber ihrem Angebot (was als Vollbeschäftigung bezeichnet wird) und aus dem wieder hervorgehend eine vollkommen geänderte Entwicklung der durchschnittlichen Löhne. Unter diesen neuen Bedingungen, unter denen sich auch eine andere gewerkschaftliche Organisation der Lohnempfänger durchsetzen konnte, werden die Löhne nicht mehr auf dem Subsistenzminimum gehalten, wachsen relativ schnell, und dies sowohl als Durchschnittslöhne als auch in ihrem Gesamtumfang. Die Lohnentwicklung bleibt nicht mehr hinter dem Wachstum der Produktivität zurück. Die durchschnittlichen Löhne wachsen im allgemeinen ebenso schnell wie die Produktivität, manchmal sogar noch schneller, denn nicht selten überschreiten die ausgehandelten Lohnsteigerungen die reale Produktivitätsentwicklung. Noch schneller als die durchschnittlichen Löhne wächst jedoch die Lohnsumme, was verschiedene Ursachen hat.

Vor allem ist mit der fortschreitenden Konzentration der Produktion und dem Wachstum von Wirtschaftsgiganten ein schnelles Wachstum der Verwaltungstätigkeit und des administrativen Apparates im Wirtschaftssektor selbst zu verzeichnen. Noch schneller wachsen Forschung und wissenschaftliche Tätigkeit. All dies ist mit einer enormen Vergrößerung der Lohnsumme in Produktion, Handel, Transport, Banken und Versicherungswesen verbunden.

Die nominelle Lohnrate wächst jeweils in bestimmten Momenten schneller als die Produktivität, und zwar in beiden Produktionsgruppen, auch wenn durch andauernde Preissteigerungen, die im weiteren erklärt werden, der langfristige Anteil der Nettolohnsumme am Nationaleinkom-

men (also die Nettolohnrate) ungefähr gleich bleibt. (In der BRD bewegt sich der Anteil der Nettolöhne und Gehälter seit 1955 auf der Höhe von ungefähr 45 Prozent³ innerhalb kleiner jährlicher Schwankungen; in Großbritannien macht er ungefähr 55 Prozent⁴ aus.)

Auch wenn unter den Bedingungen einer gleichbleibenden Lohnrate bei einem Wachstum der Lohnempfängerzahl der Anteil des einzelnen Lohnempfängers am Nationaleinkommen sinkt, wird der reale durchschnittliche Lohn (und daher auch die durchschnittliche Konsumtionsmöglichkeit des einzelnen) im Verhältnis zur realen Produktivitätssteigerung der Gruppe P_{re} wachsen. Präziser ausgedrückt: wenn der Umfang der produzierten und importierten Konsumgüter und Dienstleistungen pro Kopf eines Lohnempfängers in einem bestimmten Tempo real wächst, wird bei Beibehaltung der gleichen Lohnrate der durchschnittliche Reallohn eines Lohnempfängers in gleichem Tempo wachsen, ungeachtet dessen, wie sich der nominelle Lohnanteil eines Lohnempfängers am nominellen Nationaleinkommen bewegt. Auch andauernde inflationäre Preissteigerungen (ob diese nun dem Lohnwachstum jeweils vorausgehen oder dieses periodisch einholen und überholen) sagen allein nichts aus über die reale Konsumtionsentwicklung der Lohnempfänger. In dem hier behandelten Zusammenhang ist nur wichtig, daß die Lohnrate — ob laufend oder in bestimmten Perioden — schneller wächst als die Produktivität (Produktion pro Kopf des Lohnempfängers), wobei bei einer Preissteigerung die statistisch erfaßte Netto-Lohnrate auch als tendenziell (innerhalb kleiner Schwankungen) gleichbleibend erscheinen kann.

Die zweite noch wichtigere Tatsache ist die wesentlich gestiegene Umverteilungsrolle des Staates im gegenwärtigen Neukapitalismus. Im Altkapitalismus war jener Teil des Nationaleinkommens, den der Staat als Einnahmen abgeschöpft und für seine Ausgaben benützt hat, relativ klein. Daher konnte er die gesamte Konsumtions- und Investitionsentwicklung nicht wesentlich beeinflussen. Heute hat sich die Umverteilungsentwicklung des Staates ungemein vergrößert; jener Teil des Nationaleinkommens, der vom Staat abgeschöpft und wieder ausgegeben wird, ist sehr wesentlich und beeinflußt auch in einer qualitativ geänderten Weise die Konsumtionsentwicklung. In Deutschland betrugen die Staatsausgaben in den Jahren 1925 bis 1932 im Durchschnitt 27,8 Prozent des Nationaleinkommens. In den Jahren 1961 bis 1971 waren es in der BRD dagegen schon 40 Prozent.⁵ Die Ausgaben des Staates werden vorwiegend für Konsumtionszwecke benützt. Sei es dadurch, daß der Staat Transfereinkommen für eine Masse von Menschen außerhalb der produktiven Sphäre schafft, sei es, daß er die Ausgaben über Institutionen direkt für gesellschaftlich benötigte, langfristige Konsumgüter benützt (für Krankenhäuser, Schulen, Kulturstätten, Sozialeinrichtungen und ähnliches).

Auf Grund dieser beiden wesentlichen Änderungen hat die Konsumtionsentwicklung im Neukapitalismus in den industriell hochentwickelten Ländern ein vollkommen anderes Tempo und Verhältnis zu der gesamten Produktion erhalten, als es im Altkapitalismus der Fall war. Die konsumtiv ausgerichteten Einkommen und die damit verbundene Konsumtion werden nicht periodisch zu einer Schranke des weiteren Produktionswachstums.

Es kommt nicht dazu, daß das potentielle Wachstum der Investitionsgüterproduktion (das sich einst auch in den angehäuften Ersparnissen, die nicht mehr für Investitionen benützt werden konnten, ausdrückte) durch den zu langsam wachsenden Absatz von Konsumgütern abgebremst wird. Im Gegenteil, die ungemein schnell wachsende Konsumtion wirkt als Impuls einer beständig schneller wachsenden Investitionstätigkeit.

Als dritter wichtiger Faktor der geänderten Einkommensverschiebungen im Neukapitalismus kommt dazu noch die wachsende Kapitalproduktivität, die sich in einem zwar unter Schwankungen verlaufenden, aber beständigen allmählichen Sinken des Kapitalkoeffizienten ausdrückt. Auch wenn dieser bereits vor dem *Zweiten Weltkrieg* in vielen entwickelten Industrieländern eine sinkende Tendenz aufwies, verläuft diese nach dem Krieg schneller.⁶ Diese Entwicklung bedeutet, daß das Nettosozialprodukt schneller als die Abschreibungen, also auch als das Bruttosozialprodukt, wächst.

Da jedoch in dem hier dargestellten Verhältnis zwischen dem Wachstum der gesamten Investitionsgüterproduktion und Konsumgüterproduktion sowie ihren gegenseitig abhängigen Wert- beziehungsweise Einkommensteilen mit dem gesamten Produktionswert gearbeitet wird, in welchen auch die Materialkosten (Vorleistungen) eingehen, muß auch deren Entwicklung einbezogen werden. Es kann mit Recht angenommen werden, daß die Materialkosten im Verhältnis zur Bruttoproduktion relativ sanken und dies höchstwahrscheinlich noch wesentlicher als die Abschreibungen. So sank zum Beispiel der Anteil der Materialkosten am Absatzwert der verarbeitenden Industrie in den USA von 55,8 Prozent im Jahre 1961 auf 54,4 Prozent im Jahre 1965.⁷ Dies wurde vor allem hervorgerufen durch gänzlich neue und billigere Rohstoffsubstitutionen (besonders in der Konsumgüterproduktion). In der Gruppe der Konsumgüterproduktion wachsen außerdem die Materialkosten am langsamsten, da in dieser Gruppe am schnellsten die Dienstleistungen zunehmen, deren Verbrauch an Material am geringsten ist.

Aus dem Gesagten folgt nun, daß während des Wachstums der gesamten Produktion ($P_{rJ} + P_{re}$), ob diese nun bei schnellerem oder langsamerem Wachstum der Produktivität vor sich geht, folgende Änderung der einzelnen Wert- beziehungsweise Einkommensraten entsteht. Am schnellsten wächst die Steuerrate. Die Lohnrate wird als Folge der schneller anwachsenden Verwaltungs-, Forschungs- und Dienstleistungstätigkeiten innerhalb beider Produktionsgruppen ebenfalls wachsen. Die Gewinnrate wird, trotz schnell wachsender absoluter Gewinne, eine eher sinkende Tendenz aufweisen. Am schnellsten wird dann die Rate der Materialkosten, vor allem durch ihr schnelles Sinken in der Gruppe P_{re} , abnehmen.

Wenn wir also wieder von einem Gleichgewicht ausgehen:

$$L_J + St_J = M_e + G_e$$

und ein gleiches Wachstum der Produktivität beider Gruppen voraussetzen, dann wird während des Wachstums folgende Verschiebung der betreffenden Raten in beiden Gruppen eintreten:

$$\frac{L_J + \Delta L_J}{P_{rJ} + \Delta P_{rJ}} > \frac{L_J}{P_{rJ}}$$

$$\frac{St_J + \Delta St_J}{P_{rJ} + \Delta P_{rJ}} > \frac{St_J}{P_{rJ}}$$

$$\frac{M_e + \Delta M_e}{P_{re} + \Delta P_{re}} < \frac{M_e}{P_{re}}$$

$$\frac{G_e + \Delta G_e}{P_{re} + \Delta P_{re}} < \frac{G_e}{P_{re}}$$

oder:

$$\frac{L_J + St_J}{M_e + G_e} < \frac{L_J + \Delta L_J + St_J + \Delta St_J}{M_e + \Delta M_e + G_e + \Delta G_e}$$

verkürzt:

$$L_J + \Delta L_J + St_J + \Delta St_J > M_e + \Delta M_e + G_e + \Delta G_e$$

Unter den Bedingungen des Neukapitalismus wird der so entstehende Nachfrageüberhang nach Konsumgütern nicht nur zu kurzfristigen, vorübergehenden, sondern auch zu langfristigen Preiserhöhungen führen, durch welche das Angebot und die Nachfrage ausgeglichen werden können. Da ein andauernder relativer Mangel an Arbeitskräften existiert (die Nachfrage nach Arbeitskräften schneller als das Angebot steigt), kann die schneller wachsende Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen nicht so schnell durch eine Produktionserweiterung ausgeglichen werden wie im Altkapitalismus. Die Preissteigerung wird also zum Normalmittel der Gleichgewichtsschaffung.

Die Preise der Konsumgüter und Dienstleistungen steigen so lange, bis die dadurch wachsenden Gewinne zu einem Ausgleich in Form von:

$$M_e + G_e + \Delta G_e = L_J + St_J$$

führen. Die Preise können eventuell noch darüber hinaus wachsen, mit der vorübergehenden Schaffung eines umgekehrten Ungleichgewichts:

$$M_e + G_e + \Delta G_e > L_J + St_J.$$

Sobald jedoch die Preise der P_{re} wachsen, beginnt ein Kampf der Gewerkschaften um Lohnsteigerungen in beiden Gruppen sowie eine schnelle Steigerung der Steuern. Dieses Wachstum von $L_e + L_J + St_e + St_J$ wird unabhängig von der Produktivitätssteigerung vor sich gehen und wird sich nur an der Preissteigerung von P_{re} orientieren. Aus Erfahrungen einer solchen bereits begonnenen Inflationsentwicklung werden die Gewerk-

schaften eben sehr oft durch überhöhte Lohnforderungen versuchen, sich für zukünftige Preissteigerungen eine Reserve zu schaffen.

Die Lohnsteigerungen innerhalb der Gruppe $P_{r,j}$ erzwingen sofort auch Preissteigerungen in der Gruppe $P_{r,j}$, die hier mit der Kostensteigerung begründet werden. Auch diese Preissteigerung kann und wird über die wirkliche Kostensteigerung hinausschießen, denn man wird bereits mit der weiter anwachsenden Nachfrage von Seiten der Konsumgüterproduzenten rechnen, die wieder durch den Übergang der gewachsenen $L_j + St_j$ und die folgenden Preiserhöhungen von $P_{r,e}$ entsteht.

Dieser Prozeß, einmal in Gang gekommen, wird so lange weiter verlaufen, solange nicht eine Aufteilung der Gesamteinkommen auf die Grundeinkommen wieder das benötigte Gleichgewicht:

$$L_j + St_j = M_e + G_e$$

schaft. Die einmal eingesetzten Preis-, Lohn- und Steuersteigerungen sind jedoch nicht mehr von Produktivitätssteigerungen abhängig, sondern werden diese beständig überholen. Auch ein vorübergehend erreichtes Gleichgewicht könnte nicht länger gehalten werden und würde in Kürze wieder gestört, solange die gegebenen Ursachen der aufgezeigten neukapitalistischen Verschiebungen der Wert- und Einkommensraten bei einem Produktionswachstum andauern würden.

Und eben in dieser neuartigen Einkommensverschiebung unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung und eines wesentlichen Anstieges der nichtproduktiven sowie Dienstleistungstätigkeiten, verbunden mit dem andauernden schnelleren Nachfragewachstum nach Konsumgütern gegenüber ihrem potentiellen Produktionswachstum, ist die Ursache der modernen Inflationsentwicklung zu sehen. Es ist nicht so, wie es sich die Monetaristen vorstellen, daß erst das einströmende Geld die Preissteigerung verursacht, sondern es sind die — durch Einkommensverschiebungen und abwechselnd schnellere Nachfrageentwicklungen hervorgerufenen — Preissteigerungen, die den wachsenden Zufluß an Geld bewirken. Die Geldvermehrung wird immer durch die wachsende Produktion und den Umsatz an Waren bestimmt, und der aus den angeführten Gründen preislich schneller als sachlich wachsende Warenumsatz ruft auch einen schnelleren Zustrom an Geld (und schnellere Geldschöpfung) hervor. Ohne eine anhaltende übermäßige Konsumtions- und Investitionssteigerung würde die Nachfrage nach Geld und Geldkapital nicht so stark wachsen und könnten die Preise nicht andauernd gehoben werden (was eben die frühere kapitalistische Entwicklung mit ihrer relativ zurückbleibenden Konsumtion und den Wirtschaftskrisen beweist). Die durch das Kreditssystem ermöglichte Gelderweiterung ist also nicht die Ursache, aber die selbstverständliche Bedingung der inflationären Steigerung der Preise, so wie sie natürlich die Bedingung eines jeden Wachstums der immer preislich ausgedrückten Produktion ist. Natürlich wird das teure oder billige Geld, die erschwerten oder erleichterten Kreditbedingungen die Investitionstätigkeit beeinflussen. Jedoch die *entscheidende* Wirkung auf diese wird immer von den Markterwartungen ausgehen, die ihrerseits wieder durch

die Konsumtionsentwicklung entscheidend bestimmt werden. Auch die relativ niedrigste Diskontrate während der großen Krise der dreißiger Jahre konnte so lange nicht die Investitionstätigkeit ankurbeln, so lange sich die Marktperspektiven nicht geändert hatten.

Man kann daher die heutige inflationäre Entwicklung auch nicht mit den Geldinflationen der Vergangenheit identifizieren. Die eigentlichen Geldinflationen werden von den Staaten in den Kriegszeiten oder nach dem Kriege zielbewußt herbeigeführt, um die Kriegsschulden auf diese Art und Weise zu tilgen. Es ist die Methode der bewußten Erweiterung der Geldmenge durch die Staaten, wobei die schnell wachsende Geldmenge der Wirtschaft vom Staat aufgezwungen wird. Die logische Folge ist die Preissteigerung. Obwohl dies keineswegs das Charakteristikum der neuartigen Inflation ist, soll damit nicht gesagt werden, daß auch heute in bestimmten Momenten in einzelnen Ländern nicht zusätzlich auf alte Weise staatlich verursachte Inflationsstöße eintreten könnten. So zum Beispiel durch wachsende Steuern, aber auch mit Hilfe wachsender Staatsschulden und schnell steigender Staatsausgaben (also bei staatlich aufgezwungener Geldvermehrung). Die Möglichkeit solcher einzelner Prozesse sollte aber nicht die allgemein überwiegende neue Ursache der gegenwärtigen Inflationsentwicklung verdecken.

In der Tatsache, daß um die Aufteilung des Nationaleinkommens gekämpft wird, ist zugleich die entscheidende Ursache dafür zu sehen, daß die Einkommensentwicklung nicht zielbewußt, planmäßig mit den Bedürfnissen der Produktionsentwicklung, geschweige denn mit einer optimalen Produktionsentwicklung harmonisiert werden kann. Der Kampf verläuft im Grunde zwischen monopolistischen Giganten innerhalb der westlichen Wirtschaft, zwischen den hochmonopolisierten Unternehmerverbänden, den mehr oder weniger monopolisierten Gewerkschaften und dem Staat in seiner monopolistischen Stellung. Es gibt keine Kraft, die den Kampf zwischen diesen Giganten, die in einem Interessengegensatz stehen, überwinden könnte. Solange die Interessengegensätze bestehen werden, gibt es keine Möglichkeit einer rationellen Regulierung der Einkommensentwicklung. Die Erfahrung zeigt, daß die Versuche, durch moralische Wirkung, sogenannte Seelenmassagen, die Interessengegensätze zu überwinden, langfristig keine positive Wirkung haben können. Der Interessengegensatz ist den moralischen Wirkungen gegenüber stärker und wird sich immer wieder in neuen Machtproben manifestieren.

Die Mittel, die die westlichen Staaten zur Verfügung haben, um gegen die Inflation zu wirken, sind nicht derart, daß sie die grundsätzliche Einkommensaufteilung beeinflussen könnten. Die bekannten Antiinflationismittel, eine Abbremsung der Staatsausgaben, die Geld- und Kreditpolitik, die Senkung der Diskontsätze, die Heraufsetzung der Mindestreserven und so weiter, sind nicht solcher Art, daß man mit ihnen die Aufteilung der Einkommen auf Gewinn- und Lohn Einkommen regulieren könnte. Um das zu schnelle Wachstum der Lohn Einkommen abzubremsen, müßte die Investitionstätigkeit mit Hilfe der genannten Instrumente so gesenkt werden, daß eine sehr starke Arbeitslosigkeit entstehen und auf Grund dieser ein realer Druck auf die Lohnentwicklung möglich würde. Dies muß jedoch

nicht nur als unsozial und falsch, sondern auch in den heutigen politischen Bedingungen als undurchführbar angesehen werden.

Es ist selbstverständlich, daß solche Methoden sehr schnell ins Gegenteil umschlagen und allgemeine Krisensituationen hervorrufen können. Bei einer stärkeren Abbremsung der gesamten Investitionstätigkeit müssen jene Branchen, die in der spontanen kapitalistischen Entwicklung ihre Produktion allzusehr überzogen haben, am schnellsten betroffen werden. Die überzogenen Branchen, sagen wir heute zum Beispiel die Automobilbranche oder die Bauindustrie, werden ihr Wachstum einstellen oder sogar die Produktion senken, wodurch die Arbeitslosigkeit ansteigt. Dies kann dann natürlich eine Kettenreaktion auslösen. Zuallererst werden jene Branchen betroffen, deren Produktion mit Hilfe von Krediten (seien es Kredite für die Produzenten und/oder Kredite für die Konsumenten) am stärksten die normale, einkommensmäßige Nachfrage überschritten hat, was natürlich in einer länger andauernden Inflationssituation beträchtlich sein kann. Bei Abbremsung oder Senkung ihrer Produktion entstehen schnell Absatzschwierigkeiten und Produktionssenkungen bei ihren Lieferanten, Sublieferanten und so weiter. Die daraufhin wachsende Arbeitslosigkeit ruft nicht nur direkt eine relativ sinkende Kaufkraft hervor, sondern wirkt womöglich noch stärker psychologisch auf die Massen der übrigen Lohnempfänger derart, daß diese beginnen, ihre Einkäufe zu reduzieren (nicht unbedingt notwendige Anschaffungen einzuschränken) und ihre Ersparnisse zu vergrößern. Dadurch werden immer mehr Produktionsbranchen betroffen, und die Kettenreaktion beschleunigt sich. Durch Maßnahmen, die nur antiinflationistisch wirken sollten, entsteht die Gefahr von neuen allgemeinen Wirtschaftskrisen.

Eine tiefgehende Wirtschaftskrise kann aber in den heutigen politischen Bedingungen im Grunde schwerlich eine Regierung durchstehen. Bei den Anzeichen eines größeren Ausmaßes der Arbeitslosigkeit wird sofort von allen Seiten der Ruf nach Gegenmaßnahmen laut, also nach einer Wiederankurbelung der Investitions- und Produktionstätigkeit. Damit wird aber natürlich auch die antiinflationistische Politik erneut negiert, noch bevor sie einen allgemeinen Preisrückgang erzielen konnte.

Dies führt notwendigerweise zu einer inflatorischen Entwicklung, die immer wieder unterbrochen wird durch Rezessionen, ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit, verbunden mit wachsender sozialer Unzufriedenheit, politischen Spannungen, die aber immer neue Inflationsstöße provozieren. An der Inflationsentwicklung sind eigentlich alle angeführten Wirtschaftsgiganten interessiert, die Unternehmerverbände, die Gewerkschaften und auch der Staat. Es ist sogar so, daß, wenn in einem bestimmten Augenblick die Preise durch die Unternehmer allzu hochgeschraubt werden, die Unternehmerverbände dann selbst daran interessiert sind, daß die Gewerkschaften ihren Kampf um Lohnsteigerungen wieder aufnehmen, damit durch schnellere Steigerung der Löhne eventuell Absatzschwierigkeiten vorgebeugt wird und die Waren zu höheren Preisen abgesetzt werden können. Dieser Prozeß ist ein typischer Ausdruck der von Anfang an existierenden Schwäche des kapitalistischen Systems, nämlich im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft die Aufteilung

des Nationaleinkommens mit der Produktionsentwicklung nicht harmonisieren zu können. In diesem System kann dies nicht erreicht werden, und es ist eher zu erwarten, daß eine solche Entwicklung dem kapitalistischen System immer größere Schwierigkeiten bringen wird.

Die Inflationsentwicklung hat schwerwiegende negative Folgen. Es verhält sich keineswegs so, wie es sich mancher Laie vorstellt, daß ja eigentlich nichts weiter geschieht: »Wenn die Preise steigen, steigen ja auch die Löhne, und daher ändert sich im Grunde nichts; wir müssen uns nur daran gewöhnen, in immer größeren Zahlen zu kalkulieren.« In Wirklichkeit hat die Inflation schwerwiegende verdeckte Folgen für die kapitalistische Wirtschaft. So wie die Wirtschaftskrisen in der Vergangenheit hat auch die inflatorische Entwicklung zur Folge, daß die Effektivität der Wirtschaftsentwicklung immer mehr nachläßt. In einer Inflationssituation, und besonders wenn diese Inflation sich in immer stärker wachsenden Raten entwickelt, ist es für die Unternehmen leichter, durch einfache Preisanhebungen das notwendige Einkommens- und Profitwachstum zu sichern, wobei der Druck auf die Hebung der Produktivität, auf die technische und technologische Entwicklung nachläßt. Es kommt sozusagen immer näher jener Situation, die im Osten existiert und im weiteren aufgezeigt wird. Dort ist es für die Unternehmen einfacher, ein formelles, preislich ausgedrücktes, quantitatives Wachstum zu erreichen und arbeitsmäßig anspruchsvollen technischen und qualitativen Neuerungen auszuweichen. Auch in der westlichen Inflationssituation entstehen für die Unternehmen und besonders für die riesigen monopolistischen und oligopolistischen Unternehmen langfristige Perioden, in welchen der Druck auf die qualitative Entwicklung nachläßt.

In einem System, in dem sowieso ein Mangel an Arbeitskräften existiert, ist die Grundlage einer jeden gesellschaftlichen Entfaltung die qualitative Entwicklung der Produktivkräfte. Dies hat Gültigkeit ungeachtet dessen, wie und in welcher Richtung sich die Konsumtion entwickelt. Die westliche kapitalistische Wirtschaft wird immer mehr durch den Marktmechanismus gezwungen, eine einseitige Konsumtionsentwicklung zu forcieren, die individuelle Konsumtion ins Absurde zu steigern. Dies geht vor sich bei einer wachsenden Verknappung der Produktionsressourcen, also nicht nur der Arbeitskräfte, sondern auch verschiedenster Rohstoffe, Energieressourcen und so weiter. Auf der anderen Seite werden dann in diesem System verschiedene immer notwendiger werdende gesellschaftliche Bedürfnisse ungenügend gedeckt: Bedürfnisse in der Sphäre der Bildung, des Sozial- und Gesundheitssystems, des Umweltschutzes, der Schaffung moderner, ruhigerer, gesünderer Wohnbedingungen für die Menschen und so weiter. Diese Bereiche werden ungenügend gefördert. Die Sicherung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse kann durch Staatsausgaben allein nicht erreicht werden. Der politische Druck auf die Staaten, diese Sphäre der Bedürfnisse besser abzudecken, wirkt eben inflatorisch, denn der Staat ist gezwungen, dauernd seine Einnahmen und Ausgaben zu steigern, um einen größeren Anteil am Nationaleinkommen zu erkämpfen. Das Problem wird nicht mit Hilfe des Geldes allein gelöst, denn die Sicherung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse erfordert eine

langfristig geplante Umstrukturierung der Produktionsentwicklung, die Umschichtung von Arbeitskräften, Investitionsmitteln, Rohstoffen, Energiequellen in andere Produktionssphären, in jene Sphären, durch welche die gesellschaftlichen Bedürfnisse besser gedeckt werden.

Alle diese Probleme können durch die rein spontane marktwirtschaftliche Entwicklung nicht gesichert werden. Nur mit Hilfe einer modernen makroökonomischen Planung, die mit den Marktbeziehungen zielbewußt gekoppelt würde, könnte erstens die Aufteilung des Nationaleinkommens auf Investitionen und Konsumtion harmonischer gestaltet, also die Inflationsentwicklung bewältigt werden, und zweitens die Entwicklung der Konsumtionsstruktur geändert werden. Eine relative Abbremsung der oft unnötigen und einseitigen individuellen Konsumtionssteigerung bei gleichzeitiger Beschleunigung der gesellschaftlichen Bedürfnisdeckung würde möglich werden. Eine solche makroökonomische Planung kann aber so lange nicht die Verteilungsprozesse ändern, solange in der Wirtschaft der Kampf zwischen Lohnempfängern und Kapitaleigentümern weiterhin vor sich geht. Jeder Versuch einer Harmonisierung der Einkommensentwicklung mit neuen Konsumtions- und Produktionszielen wird scheitern, solange der spontane Kampf zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden andauert.

Es gibt Vorstellungen, gemäß welchen eine Lösung darin bestünde, daß man die Gewerkschaften mitverantwortlich für eine Wirtschaftspolitik und eine geplante Einkommensaufteilung machen sollte, um die genannten Probleme zu bewältigen. Dies ist zweifellos eine Illusion, denn sobald in der Wirtschaft selbst die Lohnempfänger weiter Lohnempfänger bleiben, kann kein Gewerkschaftsfunktionär sie zum Beispiel auffordern, daß sie nicht die oder jene Lohnforderung stellen sollen, da die Investitionen schneller wachsen müßten und so weiter. In dem Augenblick, wo er so vorgehe, würde er das Vertrauen der Lohnempfänger verlieren, er würde aufhören, Gewerkschaftsfunktionär zu sein; die Lohnempfänger würden andere Gewerkschaftsfunktionäre wählen oder andere Gewerkschaften bilden.

Erst dann, wenn an der Wirtschaftsbasis selbst sich die Stellung der Lohnempfänger grundlegend ändert, wenn die Lohnempfänger aufhören, nur einfache Lohnempfänger zu sein und sich zu Kapitalmiteigentümern wandeln, kann auch ihr einseitiges Lohninteresse überwunden werden. In der Schaffung einer Kapitalbeteiligung aller Mitarbeiter auf Unternehmensebene und schließlich eines Kollektivkapitalismus kann man den grundlegenden Weg zu einer Lösung der kapitalistischen Probleme sehen. Erst dann, wenn die arbeitenden Menschen sowohl Lohnempfänger als auch Kapitaleigentümer sind, können sie auch an der Investitionstätigkeit interessiert sein.

Das Kapitaleigentum hat sich seit jeher darin manifestiert, daß sich der Kapitaleigentümer die Resultate der Kapitalanwendung aneignen kann, also über die Kapitaleinkommen (Profite) und über die Benützung des Kapitals entscheiden kann. Die geänderte Stellung der Lohnempfänger müßte bedeuten, daß die arbeitenden Menschen innerhalb der Unternehmen sich an den Kapitaleinkommen beteiligen, daß sie also neben den

Löhnen relativ große Anteile an den Profiten erreichen, um dadurch an der effektiven Ausnützung des Kapitals interessiert zu sein. Darüber hinaus müssen sie durch gewählte Vertreter, also durch Aufsichts- und Verwaltungsräte die Möglichkeit haben, über die Benützung des Kapitals mitzubestimmen.

Solange es einen Kampf um Mitbestimmung geben wird, ohne das Ziel einer Änderung der Stellung der Lohnempfänger, solange werden berechnete Befürchtungen entstehen, daß diese Mitbestimmung die erwähnten Probleme nicht lösen kann, sondern eine weitere Inflationsanheizung gefördert werden könnte. Solange die Lohnempfänger nur Lohnempfänger bleiben, werden sie in allen Entscheidungsorganen vor allem wieder nur um ein schnelleres Wachstum der Löhne kämpfen, und man kann von ihnen absolut nicht verlangen, daß sie ein Kapitalinteresse entwickeln. Erst durch eine wesentlich geänderte Stellung der Arbeitnehmer kann bei ihnen — und dies auch erst nach bestimmten Erfahrungen — so etwas wie ein Kapitalinteresse entstehen. Erst dann wird aber auch der spontane Kampf um die Aufteilung des Nationaleinkommens einer volkswirtschaftlich geplanten Aufteilung weichen, mit welcher eine optimale Investitions- und Konsumtionsentwicklung verfolgt werden könnte.

Es ist nun nicht Aufgabe dieses Artikels, eine solche makroökonomische Planung, mit deren Hilfe eine optimale Verteilungs-, Produktions- und Konsumtionsentwicklung bei gleichzeitigem Funktionieren eines regulierten Marktes gesichert werden könnte, zu beschreiben. Vielmehr soll weiterhin aufgezeigt werden, warum eine Planung ohne Markt eine optimale Produktions- und Konsumtionsentwicklung nicht sichern kann und warum daher das Planungssystem in den kommunistischen Staaten nicht nur keine Lösung des kapitalistischen Widerspruchs darstellt, sondern einen anders gearteten Widerspruch entwickelt.

Das kommunistische System entstand mit dem konkreten Ziel, den kapitalistischen Widerspruch zwischen Produktions- und Aneignungsart zu überwinden, das heißt also unter anderem, auch eine Harmonisierung zwischen der Produktionsentwicklung, Einkommensentwicklung und Konsumtionsentwicklung zu erreichen. Nur sah man gemäß einer vollkommen vereinfachten und in gewisser Hinsicht primitiven Theorie die Lösung darin, daß ein volkswirtschaftliches Planungssystem die Marktbeziehungen vollkommen zu ersetzen habe, daß die Marktbeziehungen in ihren Grundfunktionen beseitigt werden müssen.

Man hat also eine volkswirtschaftliche Planung eingeführt, die zum Ziel hat, die Produktionsentwicklung nach allen ihren Seiten hin aus einem Zentrum dirigistisch zu regulieren. Gemäß der erstmalig bei *Engels* auftauchenden vereinfachten Vorstellung würde es für die Gesellschaft ein leichtes sein, ihre zukünftigen Bedürfnisse im voraus zu erkennen und — zum Unterschied von dem verpönten Marktsystem, bei welchem man erst immer im nachhinein eine Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse erreiche — hier nun mit Hilfe des Planes im vorhinein die Produktion so zu gestalten, daß sie dauernd mit den Bedürfnissen harmonisiere. Diese theoretische Vorstellung war ungemein primitiv, und es waren natürlich längst in der sowjetischen Gesellschaft, als auch später in den

anderen sogenannten sozialistischen Staaten, Erkenntnisse entstanden, die gezeigt hätten, warum diese Vorstellung vereinfacht und das Planungssystem allein in Wirklichkeit nicht imstande ist, die Produktions- mit der Bedürfnisstruktur zu harmonisieren.

Von allem Anfang an entstanden tiefergehende Erkenntnisse in dieser Richtung. Man erinnere sich nur an die zwanziger Jahre in der Sowjetunion, als noch wissenschaftliche Diskussionen möglich waren. Schon damals haben heute vollkommen vergessene Ökonomen aufgezeigt, daß es notwendig sei, den Plan mit dem Markt zu koppeln, und nicht zu versuchen, Marktbeziehungen durch die Planung zu ersetzen. All dies wurde vom stalinistischen Regime aus rein machtmäßigen Interessen unterdrückt, und jedes erneute Auftauchen solcher Ideen und Erkenntnisse wurde immer wieder von neuem erstickt. Zum letzten Mal geschah dies in der Tschechoslowakei, wo die Reformer (sogar ohne Kenntnis dieser sowjetischen Diskussion der zwanziger Jahre) auf Grund eigener langjähriger, schwerwiegender Erfahrungen zu der Schlußfolgerung kamen, daß man nicht an dem alten dirigistischen Planungssystem festhalten könne und daß man auch im Sozialismus Marktbeziehungen brauche. Auch dieser letzte Versuch wurde aus machtpolitischen Gründen brutal unterdrückt.

Es sind also nicht vor allem gnostische Ursachen eines Festhaltens an dem vereinfachten Planungssystem, sondern ausgesprochene Machtinteressen. Eines ist für die Schicht der Machtbürokraten klar: Jede Einführung von realen Marktbeziehungen, und sei es auch zwischen sozialistischen kollektiveigenen Betrieben, bedeutet die Verselbständigung und Unabhängigkeit dieser Betriebe gegenüber der zentralen Bürokratie. Die zentrale, ungemein breite bürokratische Schicht würde im Grunde überflüssig werden. Sie erkennt ganz deutlich, daß sie nicht nur ihre Machtstellung verlieren, sondern in einem weiten Ausmaß beseitigt würde. Deshalb immer wieder die Unterdrückung aller Versuche einer Einführung von Marktbeziehungen in diesem System.

Warum kann ein Planungssystem nicht die Marktbeziehungen ersetzen? Es ist notwendig, etwas eingehender auf diese Frage zu antworten, denn im Westen entstehen immer wieder auch nichtmarxistische, rein idealistische Vorstellungen, daß das Grundübel aller Schwierigkeiten im Markt zu sehen sei, und daß es sozusagen für die Gesellschaft ein Fortschritt wäre, wenn der Markt beseitigt würde. Wenn man Markt sagt, denkt leider fast jeder junge Mensch unmittelbar nur an den ihm bekannten westlichen kapitalistischen Markt mit allen seinen großen Unzulänglichkeiten, mit seinen monopolistischen Fehlern und Mängeln. Er glaubt daher, wenn man von Markt spricht, daß es um einen solchen monopolistischen Markt gehen müßte. Das ist ein falsches und vereinfachtes Denken. Der Markt kann in verschiedenen Formen existieren, aber in seinen allgemeinsten Grundfunktionen ist er durch das Planungssystem nicht zu ersetzen.

Ein zentrales Planungsorgan ist nicht imstande, die Produktion in einem industriell hochentwickelten Land in allen Einzelheiten zu bestimmen. In einer hochentwickelten Industriegesellschaft gibt es nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen von Produktenarten, und die Auf-

stellung eines konkreten Planes (bei Fixierung der Produktionsstruktur im einzelnen und in allen komplizierten Zusammenhängen) ist auch mit Hilfe der modernsten Computersysteme einfach unmöglich. Eine solche Planaufstellung ist nicht denkbar, und in der Tschechoslowakei kam man zu der Schlußfolgerung, daß die Aufstellung eines solchen Planes länger dauern würde als die gesamte Periode, für welche der Plan bestimmt ist. Im Grunde mußte daher von Anfang an der Plan immer nur ein globaler Plan sein, ein Plan, der die rein quantitative Entwicklung breiter aggregierter Produktengruppen zu fixieren hatte.

Eine ganz kleine Menge von Präferenzaufgaben kann konkret bestimmt werden. Das sind natürlich meist die politisch wichtigsten Aufgaben: vor allem mit der militärischen Entwicklung verbundene Aufgaben. Ein kleiner Umfang der allerwichtigsten Produkte (in der Zeit der höchsten Zentralisierung in der CSSR waren es 1200 Produktarten) kann vom Zentrum aus namentlich fixiert werden. Aber was sind schon 1200 innerhalb von eineinhalb bis zwei Millionen Produktarten, die man damals in der CSSR errechnete. Für die große Masse der Produktion gibt es also nur Globalpläne, und ihre Konkretisierung muß den Unternehmen überlassen werden.

Auch die gesamte qualitative Entwicklung kann das Zentrum selbst nicht bestimmen. Es kann wenig aussagen über technische, technologische Entwicklungen, die Einführung neuer, besserer Produkte, über Organisationsänderungen, Arbeitsteilungen und so weiter. Nichts von alledem. Das Zentrum kann sich tatsächlich nur auf rein quantitative Wachstumsaufgaben konzentrieren. Und in dieser Richtung erfolgt auch der stärkste politische Druck, das Interesse des Regimes. In der UdSSR steht an erster Stelle das Interesse für die militärische Kraft des Landes, an zweiter Stelle dann auch das Interesse an einer Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Diese zwei Interessen, die natürlich innerlich widersprüchlich sind (dabei wird immer wieder das Interesse an der militärischen Stärkung und daher die ungemeine Forcierung der Schwerindustrie den Vorrang haben), führen zu einem beständigen Druck auf das Planungszentrum, von Jahr zu Jahr die Wachstumsaufgaben zu vergrößern.

Unter den Bedingungen nichtexistierender Marktbeziehungen führt dieser Druck zur Steigerung des Wachstums der Produktion innerhalb der Unternehmen zu einer starken, im Westen eigentlich unvorstellbaren Pervertierung ihres Interesses. In dem sowjetischen Planungssystem, das noch immer das Wesen der meisten östlichen Planungssysteme am typischsten darstellt, sind die Unternehmen jeglicher Marktimpulse beraubt. Der Markt funktioniert nicht, da es keine Marktpreise und keinen Konkurrenzdruck gibt. Es ist die vollkommenste Monopolisierung, die je existierte. Im Grunde stellt jeweils eine Branche eine riesige Organisation dar. Schließlich existiert keine Abhängigkeit der Löhne und anderer Einkommen der Unternehmen von Marktergebnissen, sondern die einseitige Gebundenheit dieser Einkommen an die Erfüllung verschiedener zentral fixierter Aufgaben. Diese Tatsache zusammen mit dem wachsenden Druck auf die Steigerung der Produktion führt dazu, daß die Betriebe nicht nur an technischen und qualitativen Neuerungen desinteressiert sind, sondern

größtenteils — wenn sie den Plan erfüllen wollen — auch solchen qualitativen Entwicklungen aus dem Wege gehen müssen. Sie versuchen im Grunde jeglichen technischen, technologischen Änderungen, Umorganisirungen, Produktinnovationen und so weiter, die sie in der jährlichen Erfüllung der Pläne aufhalten würden, auszuweichen. Sie sind nicht an einer flexiblen Anpassung der Produktionsstruktur an die Bedürfnisstruktur interessiert. Ihr einziges und alleiniges Interesse ist die Erfüllung des jährlichen Wachstums des Produktionsumfanges sowie der konkret fixierten Präferenzaufgaben.

Diese Tatsache führt dazu, daß es zu einer ungemeinen Vergeudung von Material, Investitionsmitteln und Arbeitskräften kommt sowie zu einer immer mehr rein fiktiven Steigerung des Produktionsumfanges. Da die qualitative Entwicklung zurückbleibt, die Betriebe einer jeden tiefgehenden qualitativen Innovation auszuweichen versuchen (was auch für die Produzenten von Maschinen und anderen technischen Einrichtungen gilt), haben aber auch alle Betriebe immer größere Schwierigkeiten, mit Hilfe technischer Neuerungen die Produktivität zu heben. Der zentrale Druck auf Produktivitäts- und Produktionssteigerungen ist jedoch beständig vorhanden. Da die Betriebe aber weder mit Hilfe der neuen Technik noch mit mehr Arbeitskräften den Produktionsumfang steigern können (wenigstens der Großteil der Ostblockstaaten hat keine Ressourcen freier Arbeitskräfte mehr), es also weder die Möglichkeit rein extensiven Wachstums noch die ausreichende Möglichkeit für eine intensive Produktionssteigerung mit Hilfe neuer Technik gibt, bleibt den Betrieben nichts anderes als die fiktive Steigerung des Produktionsumfanges übrig.

Es ist ein leichtes für die Unternehmen, durch einfache Änderungen der Mikrostruktur der Produktion am Ende des Jahres eine Steigerung des gesamten Produktionsumfanges aufzuweisen, ohne daß sich in Wirklichkeit der Umfang vergrößert hat. Die Produktionsumfänge werden in Preisen ausgedrückt. Bei den rein bürokratisch fixierten Preisen existieren vollkommen unterschiedliche Differenzen zwischen den Produktionskosten und den Preisen, die weiterhin als Profite bezeichnet werden. Es gibt also Preise mit hohen Profiten, mit niedrigen, ohne Profite und sogar Preise, die jahrelang unter den Produktionskosten liegen. Verschiedene Produkte mit ungefähr gleichen Preisen können daher auch vollkommen unterschiedliche Mengen Arbeit und einen unterschiedlichen Materialverbrauch aufweisen. Für die Unternehmen ist es kein Problem, jedes Jahr die Produktionsstruktur so zu ändern, daß sie Produkte mit relativ vorteilhaften Preisen präferieren, auf Kosten von Produkten mit unvorteilhaften Preisen. Vorteilhaft sind immer die Preise, mit welchen man einen höheren Umfang jener Plankennziffern erreichen kann, an welche die Auszahlung von Löhnen beziehungsweise Prämien gebunden ist (zum Beispiel Bruttoprodukt, Nettoprodukt, Gewinn, Produktivität und ähnliches). Je höher die Materialkosten und je höher auch der Profit (zwei entscheidende Teile innerhalb des Preises) im Verhältnis zu den Lohnkosten, desto leichter zum Beispiel auch die fiktive Steigerung der Produktivität. Die Produktivität wird nämlich einfach berechnet durch den Umfang des sogenannten Bruttoproduktes des Betriebes, dividiert durch die Zahl der Arbeitskräfte.

Je größer also der Umfang des preislich ausgedrückten Bruttoproduktes im Verhältnis zu der Zahl der Arbeitskräfte und daher auch im weiteren zu den Löhnen, desto höher die Steigerung der Produktivität.

Da niemand vom Zentrum aus die Masse der konkreten Produktarten planen, geschweige denn kontrollieren kann, ist die konkrete Produktionsstruktur vollkommen den Unternehmen überlassen. Es ist also für sie ein leichtes, beständig von bestimmten Produkten abzugehen und zu anderen Produkten überzuwechseln — von diesen weniger und von jenen mehr zu produzieren. Am Ende des Jahres muß sich die gesamte Menge an Produkten in Wirklichkeit nicht um ein Prozent geändert haben, und trotzdem kann nachgewiesen werden, daß die Produktivität um 5, 6, 7, 10 Prozent gestiegen ist. Und da dies niemand vom Zentrum aufdecken, niemand kontrollieren kann, ist es die einfachste Art, dauernd sogenannte Produktivitätssteigerungen nachzuweisen.

Man sollte meinen, daß dies einmal enden muß, weil nur noch die preislich attraktiven Produkte produziert werden und die anderen überhaupt nicht mehr. Aber es ist ein Prozeß, der nie endet. Denn aus diesem Prozeß heraus entsteht das Interesse bei den Unternehmen an der Einführung der sogenannten neuen Produkte. Wenn man neue Produkte einführt, kann man für diese auch vom Zentralpreisamt neue Preise erkämpfen. Daher sind alle Unternehmen daran interessiert, daß ihre Techniker, Konstrukteure, Projektanten solche »neuen« Produkte entwickeln, bei denen ein möglichst hoher Materialverbrauch vorhanden ist. Je höher der Materialverbrauch, desto höher die Kalkulation der Produktionskosten. Dann brauchen sie gute Stilistiker, welche dem Preisamt eindrucksvoll beschreiben können, wie neu das Produkt ist, was für neue Eigenschaften, was für einen phantastischen Nutzwert und so weiter es aufweist. Diese schriftliche Erklärung genügt dem bürokratischen Preisamt gegenüber. Außerdem werden sie noch belohnt für die Einführung von neuen, besseren Produkten, bekommen also auch noch einen relativ höheren Profit in den neuen Preis einverrechnet. Wenn die riesigen monopolistischen Unternehmen, die ja Tausende von Produktarten produzieren, jährlich eine Menge neuer Produkte mit neuen Preisen einführen, haben sie von Jahr zu Jahr die Möglichkeit, die Produktionsstruktur immer wieder in der Richtung dieser preislich attraktiven Produkte zu ändern und auch von Jahr zu Jahr die Steigerung des Produktionsumfanges und der Produktivität aufzuweisen.

Die Preisfixierung durch die VVB in der DDR ändert ebenfalls nicht sehr viel an dieser Praxis, denn die VVB haben dasselbe Interesse wie die Betriebe. Sobald dann keine Konkurrenz existiert, haben die absoluten Monopolisten immer die Möglichkeit, die Preise der sogenannten neuen Produkte auf Kosten der Konsumenten hochzutreiben. Niemand kann die Produktionsentwicklung objektivieren, und kein zentrales Qualitätsamt kann bei den Hunderttausenden existierender und beständig wechselnder Produkte ihren Nutzwert mit dem Preis vergleichen und beurteilen.

Auch die Planung des Reineinkommens (Bruttogewinn) in der DDR statt der früheren Planung des Bruttoproduktes gibt dem zentralen Planungsamt keine Möglichkeit, zu verhindern, daß in den Betrieben auch

gesellschaftlich unerwünschte und ineffektive Wege der Planerfüllung beschränkt werden. Der Gewinn kann nämlich nicht nur mit Hilfe erwünschter Produktions- und Produktivitätssteigerungen, Produktinnovationen und bedarfsgerechter Strukturverschiebungen vergrößert werden, sondern ebenfalls mit Hilfe von Preishebungen bei fiktiven Qualitätsverbesserungen der Produkte ohne entsprechende Nutzensteigerungen, mit Kostenersparnissen bei Qualitätsverschlechterungen, mit nicht bedarfsgerechten Strukturverschiebungen bei Gesamtpreishebungen und ähnlichem. In der existierenden Situation einer beständig größeren Nachfrage gegenüber dem Warenangebot (Verkäufermarkt) und einer absoluten Monopolstellung der VVB (Vereinigung volkseigener Betriebe) sind die Abnehmer und Konsumenten gegen diese Praxis der Produzenten machtlos. Die zentralen Organe sind dann schon überhaupt nicht imstande zu beurteilen, auf welchem Wege das Wachstum der Gewinne erreicht wurde, inwieweit eine Effektivitätssteigerung und inwieweit Effektivitätsverluste eintreten.

Dies ist die tatsächliche Praxis jener Produktions- und Produktivitätssteigerungen, die von den östlichen Ländern immer wieder gemeldet werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß bei den präferierten, zentral kontrollierten Produkten, bei den militärisch wichtigen Aufgaben der Umfang sowie eine bestimmte Qualitätsentwicklung wirklich erreicht wird. Aber dies geht eben auf Kosten der Masse der anderen Produkte, die vom Zentrum aus tatsächlich nicht kontrolliert werden kann.

Das Zentrum weiß, daß die Sache so vor sich geht. Jeder Arbeiter im Betrieb weiß, wie es gemacht wird, wie der Plan erfüllt wird, nicht zu sprechen von der Unternehmensführung, die auf diese Art und Weise ihre Planerfüllung manipulieren muß. Aber das weiß auch das übergeordnete Ministerium; jedoch der Minister ist verantwortlich für die Erfüllung des Planes seiner ganzen Branche, und deshalb gibt er sich zufrieden mit der Planerfüllung, obwohl sie zum großen Teil fiktiv ist. Es weiß aber auch das Planungsministerium, wie vorgegangen wird. Da jedoch dieses wieder verantwortlich ist für die Aufstellung von real erfüllbaren Plänen, gibt es sich zufrieden, wenn die Planerfüllung aufgezeigt wird. Aber es wissen auch die politischen Organe, es weiß natürlich auch das Politbüro genau, wie die Planerfüllung gehandhabt wird. Dieses gibt sich wieder zufrieden damit, daß von Jahr zu Jahr die Planerfüllung gemeldet wird, und daß man damit große Propaganda machen kann, mit der Steigerung der Produktion, mit der Erfüllung der Pläne und den Vorteilen der sozialistischen Wirtschaft. Es ist ein System des Betruges und des Selbstbetruges.

Die Vorstellung, mit Hilfe einer marktersetzenden Planung, durch die Liquidierung der Marktpulse den Unternehmen gegenüber, sowie der Beseitigung eines ökonomisch notwendigen Druckes auf die Unternehmen eine Steigerung der Effektivität zu erlangen, ist falsch. Hier ist ein Anachronismus entstanden, welcher die Vorteile einer Planung vollkommen untergräbt und in Wirklichkeit eine immer größere Verschwendung an Material und Arbeit, ein immer stärkeres Auseinanderklaffen zwischen der Produktionsstruktur und der realen Bedürfnisstruktur hervorruft.

Dies sind die Ursachen, warum die Menschen monatelang und jahrelang herumlaufen und wie in einer Kriegswirtschaft die einfachsten Produkte am Markt nicht bekommen können. Die Produktion wird durch die vollkommen einseitigen Interessen der monopolistischen Produzenten an der Planerfüllung bestimmt, gegen die Interessen der Menschen als Konsumenten und gegen das Interesse der Gesellschaft an einer Steigerung der Effektivität der Wirtschaft.

In allen Staaten des sowjetischen Machtblocks wird intensiv an sogenannten Optimierungsverfahren und Modellen für eine Verbesserung der Planung gearbeitet. Aber bei all diesen Forschungsarbeiten *wird die Interessenproblematik ignoriert*, die jedoch zumindest ebenso wichtig ist wie das Problem der Informationsgewinnung für Planoptimierungen. Die zentralen Planungsorgane können alle Informationen nur von den unmittelbaren Produzenten erhalten, da nur diese die Träger des technischen, qualitativen und mikrostrukturellen Fortschrittes in der Produktion sind. Jede technische, qualitative und strukturelle Änderung bedeutet die Änderung ökonomischer Proportionen. Kein zentrales Organ ist selbst imstande, die optimale Kombination von Produktionsmenge, technischer Entwicklung, Produktivitätssteigerung, Produktennovation, Mikrostrukturänderungen und ähnliches, und daher auch nicht die optimale Einkommensbeziehungsweise Gewinnentwicklung für jede einzelne Produktionseinheit zu erkennen. Ohne entsprechende Informationen von seiten der Produzenten ist daher keine optimale Planung möglich.

Mit keinem System einer zentralen Belohnung und Stimulierung kann jedoch bei den Betriebskollektiven ein Interesse an einer optimalen Produktionsentwicklung hervorgerufen werden, wenn die Betriebe selbst — auf der gegebenen Stufe der Arbeitsentwicklung — nur in dem Maße an zusätzlichen Arbeitsaufwänden interessiert sind, in dem sie auch auf die oder jene Art und Weise entlohnt werden. Alle Änderungen der Technik, Qualität, Struktur und so weiter in der Produktion sind zusätzliche Arbeitsleistungen und können von den zentralen Organen nur auf Grund der Informationen der Betriebe selbst bewertet und entlohnt werden. Dies ist aber ein Widerspruch in sich selbst: es ist ein System der Entlohnung, das auf Informationen jener aufgebaut ist, die entlohnt werden wollen, ohne daß das Zentrum die tatsächliche gesellschaftliche Effektivität der konkreten Betriebstätigkeit kontrollieren und beurteilen könnte und ohne daß ein Konkurrenzdruck sowie reale Marktpreise die Betriebe zu einer effektiven Tätigkeit zwingen würden.

Unter diesen Bedingungen werden die Betriebe sowie Betriebsvereinigungen immer nur eine solche Tätigkeit entwickeln, für welche sie bei minimalen Anstrengungen die höchsten Entlohnungen erhalten können. Als unkontrollierbare Monopolisten werden sie Entscheidungen auf Grund ihrer unmittelbaren einseitigen Interessen fällen. Diese Interessen können durch keine »moralischen« Mobilisationen und politischen Aufforderungen überwunden werden, denn sie werden durch die gegebenen ökonomischen Verhältnisse geprägt. Die Partei- und Staatsbürokratie steht dann den gegebenen Widersprüchen zwischen gesellschaftlichen Interessen und partiellen Interessen der Betriebe ohnmächtig gegenüber, da eben das markt-

beseitigende Planungssystem plus moralischen Appellen diesen Widerspruch nicht zugunsten der Gesellschaft lösen kann. Aus eigenem Macht- und Existenzinteresse heraus versucht sie daher, diesen ungelösten Interessenwiderspruch zu ignorieren beziehungsweise ihn mit Hilfe ideologischer Wunschpropaganda »aus der Welt zu räumen«.

Unter solchen Bedingungen ist die Entfremdung der Menschen größer als im Kapitalismus, die Arbeiter sind vollkommen gleichgültig der Produktion, den Betrieben, der Entscheidungsfällung gegenüber. Sie haben nichts mitzureden bei der Aufstellung der Pläne, es interessiert sie nicht, was vor sich geht. Jeder versucht, sich selbst zu etablieren, und eines der Zeichen dieser Entfremdung sind auch die wachsenden Massendiebstähle in den meisten dieser Länder sowie die wuchernde Korruption. Der Arbeiter muß sich auf eigene Faust helfen, er versucht also tagsüber seine Kräfte zu schonen, wenig zu arbeiten, möglichst viel Material anzusammeln, um dann abends, nach der normalen Arbeit, die Schwarzarbeit als Dienstleistender durchzuführen, als Ersatz für die fehlenden Reparaturdienstleistungen und ähnliches, die die Menschen nicht ins Haus bekommen können. Alle wissen, daß gestohlen wird, der Portier am Ausgang des Betriebes kann nicht kontrollieren, denn auch er benötigt gestohlenes Material, und der Ingenieur und der Direktor können kein Wort sagen, denn sie haben aus gestohlenem Material ihr Weekendhaus aufgebaut. Der politische Bürokrat, der nichts zu stehlen hat, muß korrumpiert werden, schließlich kann auch er viele Produkte auf normalem Wege nicht bekommen und muß infolgedessen nicht nur eines, sondern beide Augen zudrücken und bei der ganzen Sache mitmachen.

Es ist ein System, das in dieser Form nur dadurch erhalten werden kann, daß der wachsende Widerstand der Menschen durch ungemein starke Repressivmaßnahmen unterdrückt wird. Jedoch früher oder später werden sich in diesem System wesentliche Systemänderungen durchsetzen. So wie die Entwicklung einst in der Tschechoslowakei, von außen ungeahnt, vor sich gegangen ist, so wird sich auch in der Sowjetunion selbst die Notwendigkeit einer wesentlichen Reform durchsetzen. Es ist natürlich schwer vorauszusehen, wann solche Änderungen realisiert werden. Es ist nur eine Tatsache, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beständig anwachsen, daß alle Mobilisierungen, moralischen Aufforderungen, organisierte sozialistische Wettbewerbe und so weiter nichts nützen werden, denn das Interesse der Unternehmen wird in eine falsche Richtung gedrängt und kann durch alle Worte von seiten der politischen Funktionäre nicht überwunden werden.

Das *Breschnew*-Regime versuchte aus den Erfahrungen der Tschechoslowakei sowie des späteren polnischen Aufstandes zu lernen. Man ist sich dessen bewußt geworden, daß man zwar keine Reformen zulassen darf, also den Weg einer Rezentralisierung sowie einer Unterbrechung der Reformentwicklung gehen muß, aber man weiß ebenfalls, daß man sich selbst sozusagen nur retten kann, wenn man doch die Wirtschaftssituation und das Lebensniveau der Bevölkerung verbessert. So entstand der Versuch, diese Wirtschaftsverbesserung mit Hilfe der westlichen Wirtschaft zu erreichen. Je mehr Kontakte mit dem Westen, um so stärker muß man

natürlich die Unterdrückung aller Liberalisierungsvorstellungen innerhalb des Landes anstreben. Es geht also um den Versuch, wieder mit straffen zentralistischen Formen sowie mit äußerer Hilfe die Wirtschaft anzukurbeln.

Die Verfolgung dieser Vorstellung kann jedoch nur kurzfristig bestimmte Erfolge zeitigen, wird aber zu keiner dauernden Steigerung der Konsumtion der Bevölkerung, des realen Lebensstandards der Menschen führen. Im Grunde kommen die intensiveren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen wieder nur dem Investitionsgüterwachstum zugute. Die Effektivitätsverluste werden aber weiter wachsen, denn die inneren Widersprüche dieses Systems können auch durch die westlichen Lieferungen nicht beseitigt werden. Daher kann man auch in der Sowjetunion mit der Möglichkeit zukünftiger Reformen rechnen, Reformen, die sich in ähnlicher Weise entwickeln könnten, wie sie einst für die Tschechoslowakei charakteristisch waren.

Diese Entwicklung ist jedoch eben nur als eine von zwei Entwicklungsmöglichkeiten zu verstehen, denn es gibt zwei unterschiedlich wirkende soziale Kräfte. Vor allem ist es jene Schicht der technisch-ökonomischen Intelligenz in der Wirtschaft, die wächst und an den erwähnten Reformen interessiert ist. Es sind Menschen, die die gesamte Bürde dieses unsinnigen Planungssystems auf ihrem Rücken tragen müssen und dabei relativ schlecht bezahlt werden. Ihre wachsenden Erfahrungen bringen die unüberwindbare Widersprüchlichkeit des Systems immer stärker zu Bewußtsein und drängen sie in eine Opposition zum Regime. Ihre Repräsentanten sind *Sacharow* und Gefährten. Diese Schicht der technischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen Intelligenz kommt allmählich (genauso wie einst in der Tschechoslowakei) stärker mit den Arbeitern in Verbindung und bildet sozusagen die soziale Kraft, die auf eine künftige Liberalisierung des Systems hinwirkt.

Aber es ist nicht zu vergessen, daß es auf der anderen Seite stalinistische Kräfte gibt, verbunden mit dem bürokratischen Machtapparat, mit dem Parteiapparat, mit der Staatspolizei, mit dem Militär und so weiter, Kräfte, die immer wieder wie in der Vergangenheit versuchen werden, die inneren, nicht lösbaren Schwierigkeiten dadurch zu überwinden, daß sie den inneren und äußeren Feind schaffen. Die Feindschaffung ist jeweils der Versuch, die Menschen durch nationalistische Propaganda von den inneren systemimmanenten Schwierigkeiten abzulenken. Es sind Kräfte, die in ausgeweglosen Situationen auch zum Krieg drängen könnten.

Aus der entscheidenden Rolle der Wirtschaft in der Gesellschaft und der Notwendigkeit, früher oder später ihre Entwicklungshindernisse zu beseitigen, kann jedoch deduziert werden, daß die Kräfte, die mit der Liberalisierung verbunden sind, die stärkeren, die wachsenden Kräfte sind, die Kräfte, denen die Zukunft gehört. Diese Kräfte gewinnen allmählich sogar auch einen Einfluß auf den Apparat, genauso wie es einst in der CSSR der Fall war. Wenn man in den Jahren 1964/65 im Westen gesagt hätte, daß in der CSSR eine Reformbewegung im Gange ist, so hätte es kein Mensch geglaubt. Die CSSR war damals nach außen hin das scheinbar stalinistischste Land. Und trotzdem gab es hier — eben aus

den genannten Schichten entstehend — genügend Kräfte, die schließlich zu einem *Prager Frühling* geführt haben. Aus diesen Erfahrungen entsteht die Überzeugung, daß langfristig auch in der Sowjetunion die progressiven Kräfte sich durchsetzen werden. Eine liberalisierende Änderung könnte auch in der UdSSR die Abschaffung der dirigistischen Planung, die Verselbständigung der Unternehmen, die Wiedereinführung von Marktbeziehungen und die Koppelung dieser Marktbeziehungen mit einer modernen wissenschaftlichen makroökonomischen Planung bedeuten.

Während also in dem gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem die Effektivitätsverluste und Entwicklungsbremsen eher in der makroökonomischen Ebene erscheinen, treten sie im sowjetischen System vor allem in der Sphäre der Betriebe auf. Allerdings sind dies nur die Erscheinungsformen, während die Ursachen jeweils im Wesen des ganzen Systems zu suchen sind. Die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen einer optimalen Produktionsentwicklung und den Grundproportionen der Verteilung des Nationaleinkommens im Kapitalismus beginnen natürlich bereits bei der spontan verlaufenden Einkommensverteilung in den Unternehmen. Die Widersprüche zwischen einer gesellschaftlich erforderlichen Produktionsentwicklung und der unwirtschaftlichen Produktionstätigkeit der Betriebe im Sowjetsystem haben ihren Ursprung in der zentralistischen dirigistischen Planung. Während der kapitalistische Widerspruch mit Hilfe von planmäßig gesteuerten Makroprozessen, vor allem Verteilungsprozessen, auf der Basis einer Vereinheitlichung der Lohn- und Profitinteressen beziehungsweise der Konsumtions- und Investitionsinteressen in der Produktion, überwunden werden könnte, verlangt die Beseitigung des sowjetischen Wirtschaftswiderspruches die Ersetzung des dirigistischen Planungssystems durch ein System von sozialistischen Marktbeziehungen zwischen kollektiveigenen Betrieben, gekoppelt mit einer planmäßigen Steuerung der Makroproportionen.

Die angeführten Änderungen in beiden Systemen würden einmal in Zukunft tatsächlich eine Annäherung der Systeme bedeuten und könnten zu einer Überwindung des Gegensatzes führen, der heute als Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus bezeichnet wird, aber in Wirklichkeit ein Gegensatz zwischen privatem Kapitalismus und Staatskapitalismus, respektive Staatsmonopolismus ist.

Dieser Beitrag von Ota Šik ist ein Vorabdruck aus dem Buch »Die Zukunft der Wirtschaft« (Herausgeber Adelbert Reif), das 1976 im List-Verlag, München, erscheint.

ANMERKUNGEN

- 1 Im weiteren wird der Begriff Investitionsgüter dem Begriff Produktionsgüter gleichgesetzt.
- 2 Im weiteren werden wir der Kürze halber von Konsumgütern sprechen, meinen damit aber Konsumgüter plus Dienstleistungen, welche durch das Symbol P_{re} ausgedrückt sind.
- 3 Ermittelt aus *Statistisches Jahrbuch für die BRD* 1972, S. 514.
- 4 Zusammengestellt aus *Annual Abstract of Statistics* 1961, S. 239 ff. und *Annual Abstract of Statistics* 1972, S. 288 ff.
- 5 *Statistisches Jahrbuch des deutschen Reiches 1933. Statistisches Jahrbuch für die BRD* 1968, 1970, S. 194.
- 6 Siehe dazu Angaben in E. Helmstädter, *Der Kapitalkoeffizient*, Stuttgart 1969, die teilweise auch in meinem Buch *Der dritte Weg*, Hamburg 1972, S. 309, benützt wurden.
- 7 Berechnet nach *Annual Survey of Manufactures* 1964—65.